V-06 Siemenscampus für alle – Bürger*innenbeteiligung sicherstellen

Antragsteller*in: Vorstand des KV Spandau u.a.
Tagesordnungspunkt: 10 Weitere Anträge

Siemenscampus für alle – Bürger*innenbeteiligung sicherstellen

Wir begrüßen die Entscheidung von Siemens, 600 Millionen Euro in den Standort Berlin zu investieren und am Standort Siemensstadt in Spandau 200.000 Quadratmeter neuen Wohnraum – davon gegenwärtig 60.000 Quadratmeter mit Mietpreisbindung - sowie Infrastruktur für Forschung, Innovation und Produktion zu errichten. Da es sich bei diesem Projekt um ein Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung handelt, begrüßen wir auch die Entscheidungen des Senates, das Planungsrecht für dieses Projekt an sich zu ziehen.

Damit dieses gesamtstädtische Projekt die bestehenden Strukturen vor Ort im Bezirk möglichst gut berücksichtigt und so zu einem Erfolg werden kann, ist aber eine wirksame Bürger*innenbeteiligung notwendig.

Wir fordern deshalb die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf, bei der Planung und Entwicklung des Siemenscampus in Spandau eine wirksame und über die Mindestanforderungen hinausgehende Bürger*innenbeteiligung zu realisieren. Eine Informationsveranstaltung nach dem Abschluss des städtebaulichen Wettbewerbes im 2. Quartal 2019 reicht aus unserer Sicht nicht aus: Die Ideen und das Wissen der Anwohner*innen der Siemensstadt müssen von Anfang an kontinuierlich in den Planungsprozess einfließen, damit der Siemenscampus ein Projekt wird, mit dem sich alle Anwohner*innen identifzieren können.

Um den Sorgen der Anwohner*innen vor steigenden Mieten zu begegnen, fordern wir die Senatsverwaltung außerdem auf, sicherzustellen, dass die Aufwertung des Quartiers nicht zu einer Verdrängung der Anwohner*innen der Stadtteile Siemensstadt und Charlottenburg-Nord führt. Wir fordern, dass die Preisentwicklung in dem Stadteil durch geeignete Instrumente, zum Beipiel durch die Errichtung von Milieuschutzgebieten in der Siemensstadt und in Charlottenburg-Nord, gedämpft wird. Dann könnten auch das kommunale Vorkaufsrecht sowie Abwendungsvereinbarungen mehr Schutz für die Wohnbevölkerung vor möglicher Verdrängung bieten.

Der Siemenscampus wird aber nicht im luftleeren Raum geplant. Er reiht sich ein in eine Reihe von Veränderungen im Nordöstlichen Bezirk Spandau und muss in diesem Zusammenhang gedacht werden. Gemeinsam mit weiteren Wohnungsbauprojekten – zum Beispiel auf der Insel Gartenfeld, an der Waterkant und an den Pepitahöfen und der Urban Tech Republic am Standort Tegel - steht der Bezirk und seine unmittelbare Nordöstliche Umgebung insgesamt vor enormen infrastrukturellen Herausforderungen. Dabei treibt viele Menschen nicht nur die Sorge vor Aufwertung und steigenden Mieten um, sondern auch die Aussieht auf eine erhebliche Zunahme von Verkehren und die sich angesichts des Zuzugs schon heute abzeichnenden deutlichen Engstellen bei der Versorgung mit Kita-, Grund- und Oberschulplätzen im Bezirk.

Wir fordern deshalb den Senat auf, die Versorgung mit schienengebundenen ÖPNV-Angeboten im gesamten nordöstlichen Bezirk Spandau deutlich zu verbessern und die Planung für ein Straßenbahnnetz in Spandau vorzuziehen. Die unter dem Namen „Siemensbahn“ bekannte S-Bahnverbindung sollte schnellstmöglich saniert und reaktiviert werden. In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, ob die Simensbahn weitere Gebiete in Spandau erschließen kann.

Die Senatsveraltung für Bildung, Jugend und Familie fordern wir mit Nachdruck dazu auf, Vorschläge zu unterbreiten, wie den im Bezirk Spandau durch den erhöhten Zuzug schon heute

sich deutlich abzeichnenden Engstellen bei der Versorgung mit Kita-, Grund- und Oberschulplätzen, aber auch Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk begegnet werden kann.

## Begründung

Weitere Antragsteller*innen: Gollaleh Ahmadi, Oliver Gellert, Elmas Wieczorek-Hahn, Christoph Sonnenberg-Westeson, Bettina Jarasch (MdA), Britta Byszio (alle KV Spandau), Alexander Kaas Elias (KV Charlottenburg-Wilmerdorf)

Begründung:

Der Senat hat die Planung und Entwicklung des Siemenscampus aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung an sich gezogen. Diesen Schritt finden wir richtig. Auch wird die Planung des Siemenscampus von den meisten Menschen in den betroffenen Gebieten in Spandau und Charlottenburg-Nord begrüßt.

Aufgrund vieler Beispiele von Fehlentwicklungen, durch stark steigende Mieten in anderen Quartieren der Stadt, wächst jedoch bei vielen Anwohner*innen die berechtigte Sorge und Verunsicherung vor einer möglichen Gentrifizierung und der dadurch bedingten Verdrängung aus ihrem Kiez.

Diese Ängste können wir durch eine wirksame Bürgerbeteiligung und Instrumente wie des Millieuschutzes, wodurch Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen oder überteuerte Modernisierungen teilweise eingeschränkt werden können, zumindest mildern. Auch könnten dann das kommunale Vorkaufsrecht sowie Abwendungsvereinbarungen mehr Schutz für die Wohnbevölkerung vor möglicher Verdrängung bieten. Dies ist auch dringend geboten angesichts der weiter steigenden Mieten und wachsenden Wohnungsnot in der ganzen Stadt.